Seit dem Ende des Koreakrieges im Sommer 1953, der als erster „heißer“ Konflikt des Kalten Krieges gilt und mitunter auch als „der Krieg vor Vietnam“ bezeichnet wird, herrscht in diesem Teil Nordostasiens lediglich ein Waffenstillstandsabkommen. Korea hatte in der Region das historische „Pech“, nach langjähriger japanischer Kolonialherrschaft auch noch nach Kriegsende infolge imperialer Großmachtbestrebungen seitens der beiden Siegermächte USA und Sowjetunion geteilt zu werden. Im Süden Koreas sind noch immer etwa 28.500 US-Soldaten stationiert, die gemeinsam mit südkoreanischen Verbänden regelmäßig Militärmanöver abhalten. Was Nordkorea als andauernde Provokation und akute Bedrohung betrachtet und deren Regierung veranlasste, schrittweise ein eigenes Nuklearprogramm zu entwickeln und als „nationale Schutzmaßnahme“ zur neunten Atommacht aufzusteigen. Eine Rückblende von **Rainer Werning**, deren ersten Teil Sie hier nachlesen können. [*]

Ein einziges Trümmerfeld

Der dreijährige Koreakrieg (1950-53) hinterließ ein verwüstetes Land, das einem gigantischen Trümmerfeld glich. Unvorstellbare Gräueltaten waren von sämtlichen Protagonisten begangen worden und hatten allerorten Hass und zählebige Feindbilder geschürt. Die Menschen waren zutiefst traumatisiert, Familien waren durch ständige Fluchtbewegungen zerrissen worden.

Um diesen Krieg abzukürzen, gar gewinnbar zu machen, hatte allen Ernstes General Douglas MacArthur, Oberkommandierender der US-Streitkräfte und gleichzeitig Kommandeur der von den Vereinten Nationen entsandten und aus 15 Staaten rekrutierten Truppen, im Zuge einer zeitweiligen Gegenoffensive in Richtung Yalu, dem Grenzfluss zwischen Nordkorea und der Volksrepublik China, den Einsatz von Atombomben erwogen. Grenznahe chinesische Städte sollten ab dem Frühjahr 1951„pulverisiert“ und die erst am 1. Oktober 1949 von Mao Zedong ausgerufene Volksrepublik gedemütigt werden. Welche und wie viele im Krieg eingesetzten chemischen und bakteriologischen Waffen – darunter Anthrax (Milzbrand) – versprüht wurden, sorgt bis heute für (teils heftige) Kontroversen – siehe dazu beispielsweise die am Ende dieses Beitrags in der Literaturliste aufgeführten Werke von Endicott et al., Shorrock und Leitenberg. Jedenfalls stand die Welt, gerade einmal reichlich fünf Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, am Abgrund eines neuerlichen atomaren Infernos und Dritten Weltkrieges. General MacArthur musste demissionieren und wurde durch General Matthew Ridgway ersetzt.

Wiederaufbau im Schatten schroffer Systemkonkurrenz

Der Koreakrieg kannte keine Sieger; nach dreijähriger Kriegführung waren die

unterschiedlichen Kriegsparteien gezwungen, fast zur Ausgangslage der militärischen Kampfhandlungen entlang des 38. Breitengrads zurückzukehren.

Nordkorea setzte nach dem Krieg auf eine zentral gelenkte Planwirtschaft. Die knappen landwirtschaftlichen Ressourcen, doch ungleich mehr als im Süden vorhandene mineralischen und metallischen Rohstoffe sollten produktiv genutzt werden. Nach dem Krieg erfolgte die Kollektivierung der Landwirtschaft und große Staatsfarmen entstanden, in denen feste Einkommen gezahlt wurden. In den Bauernkollektiven hingegen teilten sich deren Mitglieder die erzielten Erlöse. 1959 betrug das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Nordkorea umgerechnet 140 US-Dollar, im Süden hingegen gerade mal 80 Dollar.

Rückhalt und Sympathien für das herrschende Regime Kim Il-Sungs, den ausländische Besucher als volksnah und charismatisch charakterisierten, waren ungleich größer, als es die Unterstützung der südkoreanischen Bevölkerung für ihre Regime jemals war. Die Regierung in Pjöngjang setzte sich überdies für den Aufbau eines engmaschigen sozialen Netzes ein, schuf ein umfassendes Bildungs- und Ausbildungssystem und stellte eine kostenlose medizinische Vorsorge und Betreuung der Bevölkerung bereit. All das übte vor allem in jenen Ländern eine Faszination aus, die ab 1960 – vorwiegend in Afrika – ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Mit diesen Ländern fanden ebenfalls ein reger Handelsaustausch und Besucherverkehr statt. Von einer „Abschottung“ oder „Abriegelung“ der Volksrepublik, wie sie im Westen häufig kritisiert wurde und wird, konnte zumindest in diesem Fall keine Rede sein.

Als in den 1960er Jahren zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion eine hitzige ideologische Debatte über die Führungsrolle in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung entbrannte, entwickelte die Führung um Kim Il-Sung ihr Konzept einer autarken Entwicklung – *Dschutsche* (oder auch *Juche*) genannt. Unter Dschutsche versteht die Staats- und Parteiführung Nordkoreas eine Selbstständigkeit auf allen Gebieten – in der Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Pjöngjang bezog seinerzeit weder für Peking noch für Moskau Position. Es bezog Hilfslieferungen von beiden Seiten und besann sich auf die eigenen Kräfte und mobilisierte die Bevölkerung im Geiste seiner Lesart des Marxismus-Leninismus. Mit Blick auf Deutschland war es die Deutsche Demokratische Republik, die nach dem Krieg großzügig Hilfe leistete und vor allem die Stadt Hamhùng wieder aufbaute. [1]

Ganz anders verlief die Entwicklung südlich des 38. Breitengrads. Von sozialem Frieden und Aufbruchstimmung konnte dort in den ersten Nachkriegsjahren keine Rede sein. Unzufriedenheit über die miserablen Lebensbedingungen und darüber, dass Kräfte des alten Regimes erneut den Ton in Politik, Wirtschaft und Kultur angaben, sowie Widerstand,

Protest und Dissens waren eine Konstante der Nachkriegspolitik. Dort wurde die politisierte Studentenschaft an die Kandare genommen, wurden aufmüpfige Industriearbeiter geschurigelt. Gewerkschafter, selbst sozial engagierte Gemeindemitarbeiter der Kirchen und Vertreter städtischer Industriemissionen, die für freiheitliche Verhältnisse kämpften, wurden in die Illegalität gedrängt.

Südkoreas „starker Mann" war von 1961 bis 1979 Park Chung-Hee, der der früheren Kolonialmacht Japan als Leutnant Okamoto Minoru treu gedient hatte. Im Mai 1961 putschte sich Generalmajor Park an die Macht, nachdem ein Jahr zuvor der höchst unpopuläre Präsident Rhee Syngman zurückgetreten war. Parks Credo: Ein dynamisches Wirtschaftswachstum, koste es, was es wolle, um den Norden politisch auszustechen, ihn sich einzuverleiben und so die nationale Einheit wieder herzustellen. Exportorientierte Industrialisierung hieß fortan die Zauberformel. Die Löhne wurden ebenso niedrig gehalten wie die Preise für Produkte aus der Landwirtschaft, Gewerkschaften blieben ausgeschaltet, Streiks und Proteste waren verboten. Durch zentralstaatliche Lenkung entstanden Wirtschafts- und Finanzkonglomerate (*chaebol*), die vor Konkurrenz aus dem Ausland abgeschottet blieben. Überdies avancierte Südkorea nach dem Koreakrieg zu einem von Washington massiv mit Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfen aufgepäppelten antikommunistischen „Frontstaat" par excellence – mit Japan eingebunden in ein US-dominiertes Militärbündnis.

Unter Präsident Park Chung-Hee erlebte Südkorea eine Entwicklung im Zeitraffertempo. Ein rückständiges Agrarland verwandelte sich in atemberaubendem Tempo in eine von High-Tech geprägte kapitalistische Domäne. Wofür Westeuropa weit über zwei Jahrhunderte, Japan etwa ein Jahrhundert benötigte – das vollzog sich in Südkorea binnen dreier Jahrzehnte. Es war ein entfesselter Kapitalismus – martialisch zugerichtet. Im Dezember 1971 rief Park den „nationalen Notstand" aus und im Oktober 1972 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt und das Kriegsrecht verhängt – im Sinne einer präventiven Konterrevolution. In der Region nämlich grassierte die Furcht, nach der bereits absehbaren Niederlage der USA in Vietnam könnten weitere südostasiatische Länder „kommunistisch" werden. Staatliche Planungsbehörden gaben in Fünfjahresplänen vor, wie viel in welche Produktionszweige investiert werden sollte. Von 1971 bis 1979 war die jährliche Wachstumsrate zweistellig. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen stieg von umgerechnet knapp 200 auf über 1.300 US-Dollar und erreichte 3.900 Dollar, als sich Seoul 1988 als Austragungsort der 24. Olympischen Sommerspiele herausgeputzt hatte. Binnen drei Dekaden wuchs das Bruttoinlandsprodukt um das Hundertfache.

Die Kehrseiten dieser einzigartigen Erfolgsstory: Auf der Strecke blieb eine hoch verschuldete bäuerliche Bevölkerung. Verarmung und Landflucht ließen die Zahl der

Industriearbeiter und Menschen im Dienstleistungssektor anschwellen, die neben den weltweit höchsten Unfallraten am Arbeitsplatz auch die längsten Wochenarbeitszeiten erdulden mussten:

> „Ich gehe früh um sieben los und komme nachts um halb zwölf zurück. Um Mitternacht esse ich zu Abend. So geht das jeden Tag. Wir arbeiten länger als andere, doppelt so lang wie sie. Nach einer Stunde Fahrt erreicht der Bus die Fabrik. Wie ein Gefängnis sieht die aus – ein Backsteingebäude mit nur wenigen Fenstern. Unser Arbeitsraum ist eine große Halle, unterteilt durch hölzerne Trennwände. An der Seite der Halle sind keine Fenster. Vielleicht will die Firma nicht, dass jemand hinausschaut. Es riecht nach Staub. Die paar Ventilatoren reichen nicht aus für diesen Riesenraum voll Material, Nähmaschinen, Menschen."

So beschrieb in den 1980er Jahren eine Näherin gegenüber dem Kinderhilfswerk *Terre des Hommes* ihren Tagesablauf auf dem Seouler Friedensmarkt, wo in Klitschen dicht an dicht Textilien gefertigt wurden. Ob solcher Bedingungen frohlockte ausländisches Kapital – einschließlich westdeutsches:

> „Deutsche Unternehmen finden in dem Partnerland Korea ein wirtschaftliches Umfeld, das interessante Perspektiven für die Unternehmensentwicklung eröffnet."

Dies schrieb beispielsweise Harald Koch, Berater für Korea, in der ersten Ausgabe des Jahres 1986 der *Übersee Rundschau*. Ein wichtiges Kriterium für dieses Umfeld war laut dem Berater für Korea die:

> „(…) große Zahl von leistungsbereiten, lernwilligen, disziplinierten und einsatzfreudigen, dabei jedoch anspruchslosen Arbeitskräften. Der Arbeitsrhythmus: In der koreanischen Industrie werden regelmäßig 55 Stunden pro Woche gearbeitet, häufig auch noch am Sonntag, wobei keine Überstunden berechnet werden."

Widerstand regte sich auf vielfältige Weise und erzeugte eine eigene, vom *Minjung*

organisierte Kultur des Widerstands. Zum Minjung – frei übersetzt: „die da unten“ – zählten die Marginalisierten und Randgruppen der Gesellschaft: verarmte Bauern, für Spottlöhne schuftende Arbeiter, Leute in den Armenvierteln, politische Gefangene und ihre Angehörigen, wegen Gewerkschaftstätigkeit entlassene Lehrer. Das Besondere an alledem: In der Kultur des Minjung gab es keine Zuschauer, nur Beteiligte. In der Sicht der Herrschenden ein zutiefst subversives Unterfangen.

Gwangju als Zäsur

Am 26. Oktober 1979 wurde Park Chung-Hee Opfer seiner eigenen Soldateska, erschossen vom Geheimdienstchef Kim Jae-Kyu. Unruhen im Lande und innermilitärischen Zwist nutzte eine Gruppe um Generalleutnant Chun Doo-Hwan geschickt für ihre eigenen Interessen aus. Mitte Mai 1980 verhängte das Militär verschärftes Kriegsrecht. In der südwestlichen Provinz Süd-Cholla und deren Hauptstadt Gwangju kam es zu den heftigsten regimekritischen Protesten. Im Mai 1980 machten 200.000 Bürger und Studenten der Stadt, gut ein Viertel der damaligen Gesamtbevölkerung, in friedlichen Umzügen ihrem Ärger über die Mächtigen in Seoul Luft. Erst das brutale Eingreifen einer Eliteeinheit von Fallschirmjägern führte zu gewalttätigen Straßenschlachten. Die Lage radikalisierte sich rasch, als durchsickerte, dass Sicherheitskräfte selbst Verletzte in Krankenhäusern vom Operationstisch gerissen und aus dem Fenster geworfen hatten. Solche Gräueltaten brachten aufgebrachte Bürger dazu, Waffen- und Munitionsdepots zu stürmen und die „Freistadt Gwangju“ auszurufen.

Danach erlebte Gwangju sechs Tage trügerischer Freiheit. Die erbeuteten Waffen wurden eingesammelt und im Regierungsgebäude gelagert, wo sich eine provisorische Verwaltung etabliert hatte. Die Aufständischen fanden vielfache Unterstützung, doch der Belagerungsring um die Stadt zog sich immer enger. Als die Truppen in der Nacht zum 27. Mai das Stadtzentrum stürmten, jedes Haus durchkämmten, Hunderte verhafteten, darunter zehnjährige Kinder, demonstrierten erneut 40.000 Menschen wütend auf den Straßen. Die Herrschenden sahen sich herausgefordert und die „nationale Sicherheit“ gefährdet. Da sie befürchteten, der „feindliche Bruder“, das kommunistische Nordkorea, könnte die instabile Lage zu seinen Gunsten ausnutzen, setzte die Diktatur das ein, worauf sie ihre Macht vorrangig stützte – Bajonette. Die Bilanz des martialischen Großeinsatzes südkoreanischer Eliteeinheiten aus Armee und Polizei in Gwangju: 200 Tote gemäß Regierungsangaben, über 2.000 Tote laut Bürger- und Menschenrechtsorganisationen.

Als Folge des Gwangju-Massakers gerieten landesweit US-Kultureinrichtungen ins Visier von Brandstiftern. Denn sowohl der Chef des gemeinsamen US-amerikanisch-südkoreanischen Oberkommandos, General John A. Wickham, als auch William H.

Gleysteen, damals US-Botschafter in Seoul, hatten Kenntnis davon, dass südkoreanische Eliteeinheiten von ihren Stellungen entlang der Grenze zu Nordkorea abkommandiert und nach Gwangju verlegt worden waren.

Tim Shorrock, ein US-amerikanischer Publizist, erhielt Mitte der 1990er Jahre Einsicht in mehrere hundert Seiten Militärakten, die die Kommunikation zwischen Washington und Seoul vor und nach dem Gwangju-Massaker betrafen. Eingeweiht war demnach neben dem amtierenden Präsidenten Jimmy Carter nur ein kleiner Kreis von Geheimdienstleuten und Mitarbeitern aus dem Weißen Haus, State Department und Pentagon. Die Runde verpflichtete sich zu strikter Geheimhaltung. Shorrock gelangte nach seinen Recherchen zu dem Fazit: Die verantwortlichen US-Stellen in beiden Hauptstädten duldeten im Eigeninteresse die Handlungen der südkoreanischen Soldateska. Chun Doo-Hwan fiel für sein martialisches Vorgehen in Gwangju keineswegs in Ungnade. Im Gegenteil: Der General genoss im Februar 1981 das Privileg, als erster ausländischer Staatschef vom neu gewählten US-Präsidenten Ronald Reagan ins Weiße Haus eingeladen zu werden!

So bedrückend die Ereignisse im Mai 1980 waren, sie trugen dazu bei, den antikommunistischen Konsens aufzubrechen und das Vertrauen in die Regierenden zu erschüttern. Das immer wieder und langjährig beschworene Bedrohungsszenario, Nordkorea wolle den Süden „schlucken“, entpuppte sich als Zwecklüge. Es waren südkoreanische Soldaten gewesen, die auf südkoreanische Zivilisten geschossen hatten. Außerdem zerbarst der Schutzmacht-Mythos der USA, denn die im Lande stationierten GIs hatten zuallererst die politischen und militärstrategischen Interessen einer Großmacht zu wahren.

Feindbildproduktion auf Hochtouren

„Der Irre mit der Bombe“ lautete der reißerische Titel des Wochenmagazins *Der SPIEGEL* in seiner Ausgabe vom 14. Februar 2004. Das Titelfoto zeigte einen grinsenden Kim Jong-Il, Sohn des nordkoreanischen Staatsgründers und Präsidenten auf Lebenszeit, Kim Il-Sung, inmitten eines surrealen Umfeldes aus Wasser, Blumen und startbereiten beziehungsweise bereits gezündeten Raketen. In der Titelgeschichte des SPIEGEL hieß es:

> „Kims martialische Geltungssucht, genährt aus fast schon krankhafter Angst ums eigene Wohlbefinden, hat wohl auch persönliche Gründe. Schon körperlich lässt der 1,60 Meter kleine Diktator kaum eine Gelegenheit aus, sich aufzuplustern. Mit Vorliebe trägt er hochhackige Schuhe. Auch durch seine geföhnte Frisur macht er sich größer, als er ist. (…) Nachdem seine Mutter 1949 gestorben war,

> litt der Sohn unter den Intrigen der herrschsüchtigen Stiefmutter Kim Song-Ae, die einen eigenen Spross zum Erben heranziehen wollte. Kim wuchs praktisch ohne Mutter auf, der autoritäre Vater beachtete ihn kaum."

Kim Jong-Il – ein seit seiner Jugend ungeliebter Psychopath an der Spitze eines Zombie-Staates? Kim Il-Sung – Gründer eines post-stalinistischen Gulag-Staates? Diesen Eindruck suggerierten Aufmacher wie der im *SPIEGEL*. Ähnliche Geschichten hatten zuvor US-Magazine wie *TIME* und *Newsweek* veröffentlicht oder der britische *Economist* – von Boulevardblättern ganz zu schweigen. Und US-Präsident George W. Bush bezeichnete Kim Jong-Il bei einem Treffen in Schanghai als „Pygmäen". Andere Meinungen, zumindest im Westen, waren verpönt oder selten. Die deutsche Schriftstellerin Luise Rinser schrieb über Nordkoreas Staatsgründer Kim Il-Sung in ihrem 1981 veröffentlichten *Nordkoreanischen Reisetagebuch*:

> „Das ist ein Bauer, eine Vaterfigur, mit einer starken und warmen Ausstrahlung, ganz in sich ruhend, heiter, freundlich, ohne Falschheit, mit gelassenen Bewegungen und ruhigem Blick, ganz einfach, ohne jedes Imponiergehabe, witzig und humorvoll auch (…) Der Sozialismus Nordkoreas ist der Sozialismus mit dem menschlichen Antlitz, wie ihn Dubček für die Tschechoslowakei wollte und wie ihn die Sowjets niedergeschlagen haben. Aber Kim Il-Sung führt ihn weiter. Seine Ideologie und seine Praxis, das ist die Alternative, der Dritte Weg. Der Westen sollte sich intensiv mit ihm befassen."

Im Sommer 1994 hatte es den Anschein, als stünde die koreanische Halbinsel erneut an der Schwelle eines militärischen Konflikts. In den U-Bahnen der südkoreanischen Metropole Seoul warnten Poster und Lautsprecherhinweise verstärkt vor „kommunistischen Agenten" aus dem Norden. Die Bevölkerung solle stets auf der Hut sein, denn die „Kommunisten" würden sich als Wolf im Schafspelz tarnen. Häufiger als sonst heulten Alarmsirenen auf und fanden Luftschutzübungen statt. In einigen Vierteln Seouls kam es zu Hamsterkäufen. Die Menschen deckten sich vor allem mit Instant-Nudelgerichten ein. Die Lage war prekär und spitzte sich dramatisch zu. Dazu merkte der US-amerikanische Korea-Experte und an der University of Chicago lehrende Historiker Bruce Cumings an:

> „Im Mai 1994 entnahmen die Nordkoreaner dem Reaktor 8.000 Brennstäbe, die genügend Plutonium enthielten, um fünf oder sechs Atombomben herzustellen.

> Ende Juni war US-Präsident Clinton fast schon zum Krieg entschlossen. Doch als der US-Oberbefehlshaber in Korea, General Gary Luck, Clinton darüber informierte, dass ein neuer koreanischer Krieg mindestens sechs Monate dauern und bis zu 100.000 US-Soldaten das Leben kosten könnte, lenkte der Präsident ein. Glücklicherweise griff dann Jimmy Carter ein. Er flog nach Pjöngjang und handelte direkt mit dem damaligen Staatschef Kim Il-Sung einen Vertrag aus, demzufolge der Kernkraftkomplex Yongbyon stillgelegt wurde."

Entschärft wurde die Atomkrise am 21. Oktober 1994 in Genf. Dort trafen die USA und Nordkorea eine Rahmenvereinbarung [*Agreed Framework* – [2]] über den Umbau des nordkoreanischen Nuklearprogramms in Yongbyon. Für seinen Verzicht, dieses weiterzuentwickeln, sollte Pjöngjang bis zum Jahre 2003 zwei 1.000-Megawatt-Leichtwasserreaktoren und bis dahin jährlich 500.000 Tonnen Schweröl und Kohle erhalten. Am wichtigsten aber war, dass Pjöngjang in einem Zusatzprotokoll eine Sicherheitsgarantie erhielt.

Erstmalig seit dem Koreakrieg waren im Sommer 1994 die Protokollchefs in Seoul und Pjöngjang damit befasst, ein gemeinsames Treffen der regierenden Präsidenten Kim Young-Sam und Kim Il-Sung vorzubereiten. Doch inmitten der Vorbereitungen des ersten Gipfeltreffens beider koreanischer Staatschefs starb Mitte Juli 1994 plötzlich der „Große Führer" Kim Il-Sung. Hochdotierte Analysten diverser Denkfabriken im Westen machten Nordkorea flugs als Hort erbitterter, unkalkulierbarer Nachfolgekämpfe aus und prophezeiten dem Land eine ähnlich rasche Implosion wie der Sowjetunion und Osteuropa.

Nord-Süd-Annäherungen im Zickzackkurs

Seit dem Koreakrieg gab es bis zum Jahreswechsel 2017/2018 seitens Seouls und Pjöngjangs nur drei größere Anläufe, um das hartnäckig von Feindbildern besetzte Verhältnis halbwegs zu entkrampfen. Jedes Mal jedoch waren außenpolitische Faktoren mitverantwortlich dafür, dass die Friedenssuche in neuerliche Konfrontation umschlug. Der erste Anlauf geschah im Sommer 1972. Am 4. Juli 1972 schlug die in beiden Hauptstädten gleichzeitig bekanntgegebene *„Gemeinsame Süd-Nord-Erklärung über die friedliche nationale Wiedervereinigung"* wie eine Bombe ein. Darin hieß es:

> „Beide Seiten einigen sich über folgende Prinzipien der Wiedervereinigung des Vaterlandes:
> Erstens: Die Wiedervereinigung soll unabhängig, das heißt, ohne sich auf eine

> fremde Macht zu stützen noch mit deren Einmischung erreicht werden.
> Zweitens: Die Wiedervereinigung soll mit friedlichen Mitteln, das heißt ohne Waffeneinsatz der einen Seite gegen die andere verwirklicht werden.
> Drittens: Die große nationale Einheit soll vor allem durch ein gemeinsames Nationalgefühl gefördert werden, ungeachtet der Unterschiede der Ideologien, Ideale und Systeme."

Zugleich wurde vereinbart, dass ein noch zu schaffendes Nord-Süd-Koordinationskomitee die drei gemeinsamen Prinzipien realisiert. Der in Korea völlig unerwartete Besuch von US-Präsident Richard Nixon in der Volksrepublik China und die Verhängung des Kriegsrechts in Südkorea im Jahre 1972 machten jedoch die hehre *„Gemeinsame Süd-Nord-Erklärung"* auf Jahre zur Makulatur.

Rund 18 Jahre später, um die Jahreswende 1990/1991, handelten Nord- und Südkorea einen Aussöhnungs- und Normalisierungsvertrag aus, der den beiderseitigen Austausch in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Politik vorsah und gegenseitige Besuchsprogramme ermöglichen sollte. Auch das hörte sich vielversprechend an. Doch die Vertragsunterzeichnung fiel ausgerechnet in eine für Nordkorea bedeutsame Umbruchphase. In Berlin war die Mauer gefallen, der Zusammenbruch der Sowjetunion und anderer realsozialistischer Regime in Osteuropa stand bevor.

Für Pjöngjang bedeutete die Politik von *Glasnost* und *Perestrojka* in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow nichts Gutes. Öffnung und Transparenz – das ging der nordkoreanischen Nomenklatur entschieden zu weit. Sie witterte darin eine – so wörtlich – „ideologische Kontaminierung", zog ihre im Ausland stationierten beziehungsweise dorthin beorderten Kader und Techniker kurzerhand ab und holte sie wieder nach Hause. Auf die Umbruchphase im Osten reagierte Pjöngjang auf seine Weise. Die DVRK schottete sich gegenüber der Außenwelt ab, setzte noch stärker auf ideologische Erziehung, entwarf das Konzept des „Sozialismus in den eigenen Farben" und propagierte den „starken und gedeihenden Staat". Diesmal war es der Norden, der den innerkoreanischen Annäherungsprozess aussetzte. Nach dem Tod des „Großen Führers" Kim Il-Sung im Sommer 1994 folgten Jahre verheerender Dürre und Überschwemmungen. Veraltete Wirtschaftsbetriebe, die abrupte Umstellung des Handels auf Devisenbasis und immense Rüstungsausgaben führten das Land nahezu in den Ruin.

Die dritte Annäherung zwischen Nord- und Südkorea begann Mitte Juni 2000. Am 13. Juni genoss die nordkoreanische Führung als Gastgeber des ersten innerkoreanischen Gipfeltreffens den geschichtsträchtigen Moment, dass die Staatschefs beider Teilstaaten,

Kim Dae-Jung und Kim Jong-Il, Freundlichkeiten per Handschlag austauschten. Zwei Tage später, am 15. Juni 2000, vereinbarten beide Staatsmänner die historische *Nord-Süd-Deklaration*. Über Familienzusammenführung und gegenseitige Besuchsprogramme hinaus sah diese eine enge Kooperation in den Bereichen Kultur, Handel, Wirtschaft und Militär vor.

Möglich geworden war dieses erste Zusammentreffen der beiden mächtigsten Politiker in Seoul und Pjöngjang durch den Amtsantritt Kim Dae-Jungs im Februar 1998. Der einstige Staatsfeind Nummer Eins in Südkorea zog siegreich ins Blaue Haus ein, dem Sitz des Präsidenten, und verkündete eine „Sonnenscheinpolitik" gegenüber dem Norden.

Kim Dae-Jungs „Sonnenscheinpolitik" erfolgt aus pragmatischen Erwägungen. Seitdem klar geworden war, welch gewaltige Kosten Südkorea aufgebürdet würden, verfolgte es eine (Wieder)-Vereinigungspolitik analog dem deutschen Beispiel, verflüchtigte sich die bis dahin in Seoul genährte Euphorie, man könne sich den Norden irgendwann aufgrund der eigenen haushohen wirtschaftlichen Überlegenheit einverleiben. Der wirtschaftlich arg gebeutelte Norden und die mit einer raschen Vereinigung verbundenen unkalkulierbaren sozialen Konsequenzen waren auf einmal eine Kröte, die keiner schlucken wollte. *Wandel durch Handel, Annäherung statt Destabilisierung* – lautete deshalb die Devise in Seoul. Kim Dae-Jung bezog sich da ausdrücklich auf die Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt, wenngleich er die Situation beider Länder nicht für vergleichbar hielt:

> „Es gibt viele Unterschiede zur deutschen Situation: In Deutschland gab es vor der Wiedervereinigung regelmäßige Kontakte zwischen Ost und West. Die Ostdeutschen wussten viel über Westdeutschland. Wir hatten bisher keinerlei Umgang zwischen Nord und Süd. Es gibt nicht mal einen Briefverkehr. Außerdem sind die wirtschaftlichen Unterschiede bei uns viel zu groß. Nordkorea ist arm und wir im Süden sind nicht stark genug, um den Norden zu überleben. Wir haben so viele Probleme, die Deutschland nicht hatte, daher ist die Situation nicht vergleichbar."

Dieser dritte Anlauf einer Nord-Süd-Verständigung auf der Koreanischen Halbinsel schien aussichtsreich zu verlaufen, zumal dieser Prozess auch im Ausland (inklusive der EU) breite Unterstützung fand. Für seine „Sonnenscheinpolitik" erhielt der südkoreanische Präsident im Jahre 2000 den Friedensnobelpreis. Zwar gehören zu einer Friedensregelung mindestens zwei Parteien. Doch das Nobel-Komitee mochte Nordkoreas Staatschef Kim Jong-Il nicht aufwerten.

Was zu Beginn des Jahres 2001 vielversprechend auf einen behutsamen Entspannungsprozess auf der Koreanischen Halbinsel hindeutete, geriet kurz nach dem Amtsantritt von George W. Bush aus den Fugen. Selten dürfte im Weißen Haus ein ausländisches Staatsoberhaupt, dazu noch ein gerade erst mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnetes, dermaßen brüskiert worden sein, wie das Anfang März 2001 dem südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung widerfuhr. Anlässlich dieses ersten Staatsbesuchs eines asiatischen Regierungschefs beim neuen Chef im Weißen Haus nannte Präsident Bush Nordkorea am 7. März 2001 einen „Bedrohungsfaktor in Ostasien", mit dem Gespräche ausgesetzt und erst nach einer kompletten Neubestimmung der US-Asienpolitik wieder aufgenommen würden. Als er auch noch den innerkoreanischen Dialog in Zweifel zog, diesen sogar als „naiv" abkanzelte, standen Kim Dae-Jung samt Entourage wie begossene Pudel da. Einen Tag zuvor, am 6. März 2001, hatte Außenminister Colin Powell den noch zuversichtlich gestimmten Gästen aus Seoul versichert, er werde „die vielversprechenden Elemente der Nordkorea-Politik seiner Vorgängerin Madeleine Albright weiterentwickeln".

Abrupte Kehrtwende & „Achse des Bösen"

Sofort brachen alte Wunden wieder auf und ließen die Propagandamaschinen erneut auf Hochtouren laufen. Pjöngjang brandmarkte im Staatsrundfunk und in der *Rodong Shinmun*, dem Zentralorgan der herrschenden *Partei der Arbeit (PdAK)*, die USA als eine „Nation von Kannibalen, befallen von moralischer Lepra" und warnte Washington vor provokativen Aktionen:

> „Sollten die US-Imperialisten die Konfrontation wagen, wird ihnen tausendfach Rache zuteil."

In seinem Buch *„Bush at War"* zitierte der Journalist Bob Woodward den US-Präsidenten George W. Bush mit den Worten:

> „Ich hasse Kim Jong-Il und würde am liebsten das Regime in Pjöngjang stürzen."

Dieses reagierte prompt, verwies die Inspektoren der *Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA)* des Landes, ließ den Atomreaktor in Yongbyon mit neuen Brennstäben beladen und erklärte im Januar 2003 den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag. Nachdem Bush im Januar 2002 die „Achse des Bösen" (nebst Nordkorea der Iran und Irak) erfunden hatte,

ersetzte er im September 2002 die traditionelle Politik der Eindämmung durch eine neue Strategie präventiver Militärschläge, das heißt des Präventivkriegs, wonach ein Land anzugreifen sei, von dem die USA glauben, es könnte zuerst angreifen. Dazu merkte der bereits zitierte Korea-Experte Bruce Cumings an:

> „Das Prinzip des Atomwaffensperrvertrags lautet, dass Staaten ohne Nuklearwaffen nicht von denen bedroht werden dürfen, die Atomwaffen besitzen. Dennoch könnte der Einsatz von Atomwaffen gerechtfertigt sein – dann nämlich, wenn das Überleben eines ganzen Staates auf dem Spiel stünde. Demnach jedenfalls ist es eher gerechtfertigt, dass Nordkorea Atomwaffen produziert, als dass die USA dem ‚nichtnuklearen Staat' Nordkorea die Vernichtung androhen."

Pjöngjang sah sich herausgefordert und bangte um das Überleben seines Regimes, als im März 2003 US-Streitkräfte in den Irak einmarschierten. Seitdem beharrt es „auf dem Recht, ein größtmögliches Abschreckungspotenzial zum Selbstschutz zu unterhalten". Eine Position, die Pjöngjang nachdrücklich bekräftigte, als der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark Ende Mai 2005 gegenüber dem Fernsehsender *CNN* betonte, die Volksrepublik notfalls gemäß des damals existierenden Planungskonzepts *CONPLAN 8022* durch „zielgenaue Nuklearschläge auszuschalten". Kein Wunder, dass die zwischenzeitlich auf Initiative Beijings ins Leben gerufene Sechser-Gesprächsrunde [3] letztlich zu keinem Durchbruch führte. Ein Grunddilemma bestand darin, dass die Hauptkontrahenten darauf beharrten, die jeweils andere Seite möge sich zuerst bewegen – gemäß der Devise: „Erst du, dann ich!"

Pjöngjang will mit Washington direkt und auf Augenhöhe verhandeln und ihm eine Sicherheitsgarantie abtrotzen. Das aber lehnten die USA, die auch sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Koreakriegs noch immer ein beträchtliches militärisches Truppenkontingent in der Region unterhalten [4], bis dato kategorisch ab und verlangten von Nordkorea eine umfassende und verifizierbare Denuklearisierung. [**] Eine Forderung, die offensichtlich heute obsolet geworden ist.

Titelbild: Joshua Davenport/shutterstock.com

Anmerkungen:

[«*] Dieser Beitrag sowie der gestern auf den NDS veröffentlichte erste Teil bilden den Auftakt einer innerhalb dieses Jahres erscheinenden Artikelserie, in der Rainer Werning in loser Folge unterschiedliche Aspekte des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Republik Korea (Südkorea) und in der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) beleuchtet.

[«**] Die Debatten um Nordkoreas Nuklearprogramm vor und nach den historischen Gipfeltreffen im Jahre 2018 zwischen Kim Jong-Un und US-Präsident Donald Trump sowie zwischen Kim und Südkoreas Präsidenten Moon Jae-In werde ich in einem gesonderten Beitrag behandeln.

[«1] Rüdiger Frank: Die DDR und Nordkorea: Der Wiederaufbau der Stadt Hamhùng in Nordkorea von 1954 – 1962. Aachen: Shaker Verlag, 1996 & Deutsche Arbeitsgruppe Hamhŭng * https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Arbeitsgruppe_Hamh%C5%ADng

[«2] The U.S.-North Korean Agreed Framework at a Glance | Arms Control Association * https://www.armscontrol.org/factsheets/agreedframework

[«3] Die Sechsergespräche oder auch Sechs-Parteien-Gespräche, an denen neben dem Gastgeberland China die USA, Russland, Japan sowie Nord- und Südkorea teilnahmen, begannen im August 2003, endeten im Dezember 2008, durchliefen sechs Runden und führten aufgrund unterschiedlicher Interessen zu keinem gemeinsamen Konsens. Pjöngjang forderte nicht nur die Installierung versprochener Leichtwasserreaktoren, sondern auch eine erneute Sicherheitsgarantie der USA und die „Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Washington“. – Siehe dazu: https://de.wikipedia.org/wiki/Sechs-Parteien-Gespr%C3%A4che / Diplomatie in Nordkorea – Whywar * http://www.whywar.at/frieden-machen/politische-perspektiven/verhandlungen/diplomatie/nordkorea/ & https://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/nordkorealpolitik-1413/

[«4] Allein in Südkorea sowie auf Okinawa und in Japan sind augenblicklich noch immer über 105.000 US-amerikanische Gis stationiert.

Weiterführende Literatur:

Hyondok Choe/Lutz Drescher/Rainer Werning (Hg.): Korea – Entfremdung und Annäherung. Köln: PapyRossa Verlag, 2007

Bruce Cumings: Washingtons Spannungspolitik in Ostasien, in: https://monde-diplomatique.de/artikel/!1173415 – Der Autor ist einer der profiliertesten Korea-Kenner im anglo-amerikanischen Raum.

Bruce Cumings: Pjöngjang liegt nicht am Tigris, in: https://monde-diplomatique.de/artikel/!814713

Bruce Cumings: Napalm über Nordkorea, in: https://monde-diplomatique.de/artikel/!662464

Stephen Endicott / Edward Hagerman: The United States and Biological Warfare: Secrets from the Early Cold War and Korea. Indianapolis: Indiana University Press, 1999

Rüdiger Frank: Nordkorea: Innenansichten eines totalen Staates. München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2014

Milton Leitenberg: China's False Allegations of the Use of Biological Weapons by the United States during the Korean War | Wilson Center, 2016 * https://www.wilsoncenter.org/publication/chinas-false-allegations-the-use-biological-weapons-the-united-states-during-the-korean / https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/media/documents/publication/...

Tim Shorrock: The historical inter-Korean talk will be a touchstone for U.S.-North Korea summit – YouTube * https://www.youtube.com/watch?v=h4CVJ0UdwCQ

Tim Shorrock: THE SHORROCK FILES – New, Rare and Unreleased, 1961-2022 * https://timshorrock.com/

Du-Yul Song: Schattierungen der Moderne: Ost-West-Dialoge in Philosophie, Soziologie und Politik. Köln: PapyRossa Verlag, 2002

Rainer Werning (Hg.): Südkorea: Politik und Geschichte im Land der Morgenstille. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 1988

Rainer Werning: Mit Kernwaffen gedroht: Der Korea-Krieg vor 50 Jahren – General MacArthur wollte ganze Städte „pulverisieren", in: der Freitag (Berlin), 18.07.2003

Rainer Werning/Helga Picht: Brennpunkt Nordkorea: Wie gefährlich ist die Region? Berichte, Daten und Fakten. Berlin: edition berolina, 2018

Bob Woodward: Bush at War. New York: Simon & Schuster, 2002